

Stipendiengesetz: FBP-Postulat einstimmig überwiesen

Landtag beurteilt FBP-Vorstoss zur Abänderung des Stipendiengesetzes als notwendig

Das aus einer Veranstaltung der «Jungen FBP» resultierende Postulat zur Abänderung des Stipendiengesetzes wurde einhellig an die Regierung überwiesen. Alle drei Parteien erachteten es als notwendig, das Stipendiengesetz gemäss FBP-Vorschlag abzuändern. Somit dürfte es in diesem Gesetz zu einer stärkeren Gleichbehandlung von Berufsleuten und Studierenden kommen.

Alexander Batliner

Ein Musterbeispiel, wie sich Jugendliche in die Politik einbringen können, ist Wahrheit geworden. Das FBP-Postulat zum Stipendiengesetz, das zusammen mit Jugendlichen ausgearbeitet wurde, ist einhellig an die Regierung überwiesen worden. Dadurch ist nun gewährleistet, dass die Anregungen der Jugendlichen ins Gesetz übernommen werden. Es wurde von allen Seiten betont, dass das Stipendiengesetz revisionsbedürftig sei.

Stärkere Gleichbehandlung

Die Bürgerpartei nennt in ihrem Postulat fünf Bereiche, welche sie gerne neu geregelt hätte. Hierzu gehört unter anderem das Ziel, eine stärkere Gleich-



Die FBP-Abgeordneten Klaus Wanger (links) und Helmut Konrad. Letzterer stellte für die Bürgerpartei des Postulat zum Stipendiengesetz, das mit Jugendlichen zusammen ausgearbeitet worden war, vor.

behandlung von Berufsleuten und Studierenden ins Gesetz zu integrieren. Der FBP-Abgeordnete Helmut Konrad führte diesbezüglich aus: «Da ganz allgemein gilt, dass lebenslanges Lernen heute immer wichtiger wird, ist für die Postulanten eine stärkere Gleichbehandlung von Berufsleuten und Studierenden durch eine bessere Unterstützung der Fort- und Weiterbildung sowie von Umschulungen von grosser

Wichtigkeit.» Im Bereich der Weiterbildung soll zudem eine «verbesserte Unterstützung von Sprach- und anderen Weiterbildungsaufenthalten im Ausland geprüft werden», wie Helmut Konrad betonte. Ein weiterer Bereich, der neu geregelt werden solle, sei, ob Darlehen künftig nicht auch unabhängig von der Voraussetzung der Ausrichtung von Stipendien gewährt werden sollen. «Auszu-

bildende und Studierende», so der FBP-Abgeordnete Konrad, «die aufgrund der Erwerbs- und Vermögenslage der Eltern nicht in den Genuss von Stipendien kommen, sind in der Regel bis ins Alter von 25, 26 Jahren oder darüber hinaus finanziell abhängig.» Aus diesem Grunde würde mit der Gewährung von Darlehen, für deren Rückerstattung die jungen Leute nach Abschluss der Ausbildung ja selbst

verantwortlich sind, die finanzielle Abhängigkeit zumindest verringert und gleichzeitig die finanzielle Eigenverantwortung gestärkt werden, wie die FBP betont. Zudem schlägt die Fraktion der Bürgerpartei in ihrem Postulat vor, die Einkommensgrenze für die Ausrichtung der Ausbildungsbeiträge sowie die Höhe der anrechenbaren Kosten und der staatlichen Unterstützungsbeiträge einer Prüfung zu unterziehen.

Weitere Vorschläge

Die VU und die Freie Liste machten weitere Vorschläge zur Abänderung der Gesetzeslage bezüglich Aus- und Weiterbildung. So betonte unter anderem Ingrid Hassler (VU), dass das Berufsbildungsgesetz überaltert und revisionsbedürftig sei. Deshalb bat sie die Regierung, auch dieses Gesetz an die Hand zu nehmen und zu überarbeiten. Des Weiteren möchte die VU-Abgeordnete, dass eine Lösung für Berufsgruppen gefunden wird, für welche der Staat «nicht einmal das Geld für die Erstausbildung an einer Hochschule aufbringt. Es sind in Liechtenstein anerkannte und angewandte Berufe, die in der Schweiz und im EWR-Raum nicht studiert werden können.» Für solche Fälle soll dringend eine Lösung gefunden werden, damit solche Personen wenig-

tens einen Grundbetrag für den selbst zu finanzierenden Ausbildungsplatz erhalten können, wie die VU-Abgeordnete Hassler ausführte. Ebenfalls äusserte sich die Freie Liste positiv über das Postulat. Paul Vogt schlug vor, die Arbeit der Stipendienkommission zu überprüfen, da sie bei rund 10 Sitzungen pro Jahr etwa 600 bis 700 Gesuche zu bearbeiten habe. Deshalb soll die Sinnhaftigkeit dieser Kommission näher überdacht werden.

Kurze Aufenthalte

Landtagsvizepräsident Otmar Hasler machte zum Abschluss der Debatte zum Postulat noch auf einen weiteren Punkt aufmerksam. Es soll überprüft werden, ob auch jene Sprachaufenthalte gefördert werden könnten, die nur wenige Wochen dauern. Es gäbe viele Schülerinnen und Schüler, die während der Ferienzeiten ins Ausland reisen würden, um eine Sprache zu vertiefen. Diese Personen würden bisher keine Förderung erhalten. Deshalb sei zu prüfen, ob man auch diesbezüglich Stipendien sprechen könnte. Bildungsminister Norbert Marxer versprach, alle Anliegen zu prüfen. Am Schwierigsten sei eine Struktur zu finden und die Antwort auf die Frage, wie stark sich der Staat bei der Weiterbildung engagieren wolle.

LUST AUF ZUKUNFT

Mitbestimmung ist die klügste Form von Politik.

Einladung zu den Nominationsversammlungen

Versammlungen der einzelnen Ortsgruppen

- Eschen-Nendeln Freitag, 27. Oktober, 19.30 Uhr, Gemeindefaal
- Schellenberg Sonntag, 29. Oktober, 17.00 Uhr, Restaurant Kessel
- Balzers Montag, 30. Oktober, 19.30 Uhr, Foyer Gemeindefaal
- Triesenberg Freitag, 3. November, 19.30 Uhr, Restaurant Edelweiss
- Mauren-Schaanwald Samstag, 4. November, 19.30 Uhr, Restaurant Edelweiss
- Ruggell Sonntag, 6. November, 17.00 Uhr, Foyer Gemeindefaal
- Schaan Montag, 6. November, 19.30 Uhr, Rathaus Saal
- Gamprin-Bendern Donnerstag, 7. November, 19.30 Uhr, Restaurant Löwen (Bendern)
- Triesen Mittwoch, 8. November, 19.30 Uhr, Foyer Gemeindefaal
- Vaduz Donnerstag, 9. November, 19.30 Uhr, Hotel Löwen (St. Nikolausplatz)
- Planken Freitag, 10. November, 19.00 Uhr, Drei Schwesternhaus

